



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Medienspiegel Kalenderwoche 08 / 2015

- Basler Zeitung 15.02.16: Der Reform-Schnellzug ist entgleist
- Basler Zeitung, 16.02.2015; Bildungsraum Nordwestschweiz ist gespalten
- Tagblatt, 18. Februar 2015, 17 753 Franken für einen Schüler
- 20 Minuten, 18.02.15; Tests sollen schlechte Lehrer entlarven
- Tagblatt, 19. Februar 2015, «Wer möchte so noch Lehrer werden?»
- Kantonsrat «Testsysteme in der Volksschule zur Eichung der eigenen Beurteilung
- Tagblatt 20.02.2015; Berufsvorbereitungsjahr muss bleiben
- Beobachter 20.02.15 Andreas Büchi, Chefredaktor Beobachter „Dieser Lehrplan kann depressiv machen“
- Beobachter 20.02.2014 Das regulierte Schulkind
- 20 Minuten, 20.02.15 Zweite Landessprache wird in Primarschule Pflicht
- Leserbrief 19.02.2015 Wiler Nachrichten

Sind Sie schon Mitglied in unserem Verein? Anmeldung an: info@starkevolksschulesg.ch

Unterstützen Sie unsere Bemühungen mit einem finanziellen Beitrag auf PC-Konto **61-562879-4** (IBAN: CH 48 0900 0000 6156 2879 4), für unsere Kinder - besten Dank

Jetzt unterschreiben:

<http://starke-schule-sg.ch/wp-content/uploads/Sammelbogen-und-Argumente-A4-gefaltet-21.2.2015.pdf>



**Ja zu weniger
Schulbürokratie**

Ja zum HarmoS Austritt!

Sekretariat Starke Volksschule SG | Bahnstr. 19 | 9422 Staad
Tel: 071 585 18 85 | sekretariat@starkevolksschulesg.ch



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Basler Zeitung 15.02.16: Der Reform-Schnellzug ist entgleist

Die Bildungsharmonisierung in der Schweiz gleicht heute einem überhitzten Reformmotor. Dass das Basebiet nun eine Denkpause einlegt, könnte in der Schweiz als Signal wirken.



Wechsel mit Dissonanzen. Noch-Bildungsdirektor Urs Wüthrich hört sich Monica Gschwinds Pläne an. Bild: Daniel Wahl

Mit dem bürgerlichen Wahlerfolg hat sich im Baselbiet vor allem eines verändert: Das Reformtempo an den Baselbieter Schulen wird markant verlangsamt werden. Im Juli wird die Freisinnige Monica Gschwind die Bildungsdirektion von Urs Wüthrich übernehmen. Der von ihr angekündigte Marschhalt bei den Reformplänen der Volksschule wird damit Realität.

Das ist auch gut so, denn die Baselbieter Schulen sind mit dem um ein Jahr hinausgeschobenen Übertritt von der Primar- in die Sekundarschule bereits genügend herausgefordert. Auch die noch nicht weit zurückliegende Einführung der Frühfremdsprachen ist noch lange nicht gefestigt. Und die beschlossene frühere Einschulung der Kindergärtler braucht ebenfalls Angewöhnungszeit.

Vom ideologischen Ballast befreit

Die vor acht Jahren eingeleitete Bildungsharmonisierung in der Schweiz gleicht heute einem überhitzten Reformmotor. Dass mit Baselland jetzt ausgerechnet jener Kanton eine Denkpause einlegt, der den Prozess seinerzeit angestossen hat, könnte in der Schweiz durchaus als Signal wirken, von Übertreibungen abzusehen. In der Nordwestschweiz jedenfalls dürfte der angekündigte Reformstopp mehrheitlich positiv aufgenommen werden. Im Nachbarkanton Aargau hat man von Anfang an ein weit gemächlicheres Tempo angeschlagen, und auch im Kanton Solothurn haben die Proteste aus der Bevölkerung dazu geführt, dass nichts überstürzt wird. Die Hoffnung ist durchaus berechtigt, dass die Harmonisierung auf ein vernünftiges Mass zurückgestutzt wird. Einst angedacht war nämlich einzig, den Familien, die über die Kantonsgrenze zügeln, den Schulwechsel zu erleichtern.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Kaum jemand ahnte bei der eidgenössischen Volksabstimmung im Mai 2006, wozu der damals beschlossene Bildungsartikel in der Folge alles erhalten musste: Heute berufen sich sämtliche Bildungsbürokraten zwischen Genf und St. Gallen für jede mögliche Schulreform auf das überwältigende Ja von Volk und Ständen. Doch seit sich herausgestellt hat, wie ruinös das Bildungsgebastel das bisher funktionierende Schulsystem beschädigt, wird auf die Bremse gedrückt. Davon zeugt auch die Kurskorrektur, welche die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren beim Lehrplan 21 vorgenommen haben. Das Werk der Bildungstheoretiker wurde inzwischen nicht nur gekürzt, sondern auch vereinfacht und von ideologischem Ballast befreit.

Was von Schulreformern aus dem linken Lager als Reformanleitung an alle Kantone ausgedacht war, mutierte nach der Überarbeitung durch die Erziehungsdirektoren zum «Kompass», wie Christian Amsler, der Präsident der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren, meint. «Der Lehrplan 21 ist in erster Linie ein Instrument zur Harmonisierung der Volksschule und keine Schulreform», steht jetzt im Vorspann des nachgebesserten Lehrplans 21.

Die grösste Herausforderung der Baselbieter Bildungspolitik der nächsten Jahre ist die Eindämmung der Kosten, die zurzeit aus dem Ruder laufen: Die vielen Reformen beschäftigen eine überdimensionierte kantonale Verwaltung, der Reformkurs hat eine zu teure Weiterbildungswelle ausgelöst, das Supportangebot für nicht ganz verhaltenskonforme Schüler befeuert zurzeit eine ständig wachsende Nachfrage, und sowohl die Universität als auch die Fachhochschule sind auf etwas gar starkem Wachstumskurs. Die neue Regierung wird nicht darum herumkommen, eingeleitete Entwicklungen zu beenden und nicht für alles Wünschbare neue finanzielle Mittel freizugeben. Schon nur die Entschleunigung des Reformkurses dürfte hier Wirkung zeigen.

Überflüssige Ratschläge

Anders als die Starke Schule Baselland hat sich Monica Gschwind im Wahlkampf nie grundsätzlich gegen den Lehrplan 21 ausgesprochen, in den der Kanton Baselland bereits erhebliche Mittel investiert hat. Es ist deshalb davon auszugehen, dass sich die neue Bildungsdirektorin Zeit nehmen wird, den Lehrplan zusammen mit den Betroffenen auf die Bedürfnisse des Kantons anzupassen. Dabei ist es ihr wichtig, wie Gschwind im Wahlkampf betont hat, dass in der Sekundarschule Lernziele verfolgt werden, die auf die einzelnen Niveaus zugeschnitten sind. Mit dem Abschied von Bildungsdirektor Urs Wüthrich dürfte definitiv vom Umbau der Sekundarschule in eine Art Gesamtschule Abschied genommen werden.

Es ist verständlich, dass das Komitee Starke Schule Baselland den Wahlsieg von Monica Gschwind gefeiert hat, als ob es selber die Macht in der Bildungsdirektion übernimmt. Doch die diese Woche per Presse-



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

mitteilung verschickten Ratschläge an die neue Bildungsdirektorin sind gänzlich überflüssig: Gschwind braucht keine Anweisungen. Sie hat ihre Bildungspolitik im Wahlkampf erläutert und wird sie umsetzen. Der Wechsel an der Spitze der Bildungsdirektion erfolgt rechtzeitig: Aufgegleist ist der Strukturwechsel, der das Baselbiet an die übrigen Kantone heranführt, alles Weitere ist noch offen. Wenn die Starke Schule Gschwind wirklich unterstützen will, sollte sie ihre Initiativen, die weit über das Ziel hinausschiessen, zurückziehen. Das wäre ein echter Vertrauensbeweis an die Adresse der neuen Bildungsdirektorin – und ein Beitrag zu weniger Aufregung in den Schulen.

<http://bazonline.ch/basel/land/Der-ReformSchnellzug-ist-entgleist/story/25232246>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Basler Zeitung, 16.02.2015;

Bildungsraum Nordwestschweiz ist gespalten

Die neue Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind will die Schulreformen stoppen. Der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann steht immer mehr im Abseits,



Reformmüde. Vor allem in der Nordwestschweiz wehren sich immer mehr Lehrpersonen gegen die Reformflut. Bild: Keystone

Die kleine Sophie bringt einen Zettel nach Hause mit Anordnungen zur Wahl des Znünis. Elmar muss von den Eltern unterschreiben lassen, dass er eine Strafaufgabe wegen Zuspätkommens erhalten hat, und Lias Eltern werden bestellt, um den Lernbericht mit der Lehrerin durchzugehen. Wer mehrere Kinder hat, kann ein Lied davon singen, welche Papierflut täglich ins Haus schwappt: Beurteilungen, Sanktionen, Dispensationen, Hausaufgaben. Doch auch die Lehrer ächzen unter der Papierflut und vor allem unter den vielen Reformen.

Die designierte Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind hat daher schon jede Menge Anliegen von Lehrpersonen auf dem Tisch liegen, die sie als Rettungsanker sehen. Denn die FDP-Frau und Mutter von zwei Töchtern in Ausbildung hat angekündigt, dass sie die Bürokratie bekämpfen und die Reformen stoppen und überprüfen will. Dazu steht sie auch heute und daher will sie sich noch vor ihrem Amtsantritt von Urs Wüthrich einarbeiten lassen. Natürlich habe der Kanton gewisse Aufträge, sinniert sie auf die Frage, wo man konkret mit der Bürokratie zurückfahren könnte: «Doch gewisse Bedürfnisse werden auch geschaffen.» Und bezüglich Harnos und Lehrplan 21 sagt sie: «Wir brauchen einen Marschhalt und eine Auslegeordnung.»

Für Eymann schwierige Situation

Daran dürfte der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann keine Freude haben. Eine Stellungnahme zur Wahl von Monica Gschwind und die Auswirkungen auf den Bildungsraum Nordwestschweiz will er allerdings erst geben, wenn er mit der designierten Bildungsdirektorin zusammengesessen ist. Doch ihm



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

dürfte der angestrebte Kurswechsel unangenehm sein. Schliesslich ist er nicht nur als Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), sondern auch als vorpreschender Basler Erziehungsdirektor an Einigkeit interessiert. Basel will den neuen Lehrplan 21 schon in diesem August einführen. «In der Umsetzung von Reformschritten braucht es meiner Meinung nach Entschlossenheit und Klarheit in der Zielsetzung und Verlässlichkeit in der Umsetzung», sagt er. Dies habe man sich in Basel-Stadt von Beginn weg vorgenommen.

Dabei bewährt sich übermässige Eile in der Bildungslandschaft keineswegs. Blenden wir etwas über sechs Jahre zurück. Im Winter 2008 und Frühling 2009 stand der umtriebige aargauische Bildungsdirektor Rainer Huber (CVP) vor einem Scherbenhaufen. Jahrelang hatte er für sein Bildungskleeblatt gekämpft. Schliesslich wurde er abgewählt und seine Reformvorschläge an der Urne abgelehnt. Die vier Blätter des Klees: Eingangsstufe anstatt Kindergarten, durchlässige Sekundarstufen anstatt Bezirksschule, Tagesstrukturen und mehr Lektionen für mit schwierigen Schülern belastete Schulklassen. Alles Dinge, die der Aargau jetzt gemächlich und unter anderem Namen einführt – abgesehen von der Abschaffung der Bezirksschule, also des Vorgymnasiums.

Schulreformen schwächen den Lehrkörper und lenken vom Kerngeschäft, dem Unterrichten, ab. Das weiss auch Monica Gschwind, und deshalb hat sie schon während ihres Wahlkampfs für Ruhe plädiert. «Das Baselbiet muss beim Einführen des Lehrplans 21 keine Musterschülerin und zeitlich schneller sein als andere Kantone», sagte sie. Und sie sprach auch die Kosten an – ein Tabu bei der Bildungslobby. Seit dem Jahr 2000 seien die Kosten um 40 Prozent gestiegen. Und Harnos fördere nur das heillose Durcheinander statt Harmonisierung. Sie sagte auch klipp und klar, dass jeder Bildungsfranken direkt in die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler investiert werden solle und nicht in der Bildungsverwaltung versickern dürfe.

Sparpotenzial ist vorhanden

Das sind hehre Ziele. Ob Monica Gschwind sie erreichen wird, steht indes noch in den Sternen. Sicher ist, dass sie mit solchen Aussagen den Nerv einer reformmüden Lehrerschaft trifft. «In Sachen Harnos gibt es überall eine riesige Verunsicherung und es ist ein grosses juristisches Wirrwarr», sagt Urs Kalberer, Bildungsbeobachter und Bildungsblog-Betreiber aus Malans und Sekundarlehrer in Landquart. Er beobachtet die Bildungslandschaft in der Schweiz aufmerksam, in der Region Nordwestschweiz laufe jedoch am meisten – einerseits wegen der Umstellung auf 6/3 und weil hier die Unzufriedenheit über die verschiedenen Reformen besonders gross sei.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Einig geht Kalberer mit Gschwind, dass eine gute Schule nicht einfach mit Geld besser werden kann. Doch für ihn ist es fraglich, ob sie die Aufblähung der Verwaltung stoppen und Stellen in der Bildungsverwaltung abbauen kann. Gschwind müsste dies jedoch tun, wenn sie, wie versprochen, Gelder von der Verwaltung in die Klassenzimmer umverteilen will. Einen möglichen umsetzbaren Ansatzpunkt sieht Kalberer in der Streichung von Schulevaluationen. Ein solcher Schritt werde auch in anderen Kantonen ins Auge gefasst. Dies spare Kosten ohne Qualitätseinbusse und entlaste die Lehrer. Sparpotenzial sieht er auch bei der Beurteilung der Schüler. Hier könne man vieles vereinfachen. «Dies entlastet die Lehrer spürbar und kostet nichts.» Heute werden aufwendige Lernberichte erstellt, die viel Zeit, Nerven und Geld kosten.

Während in den Nordwestschweizer Landkantonen die Lehrpersonen unter den Reformen ächzen und sich dagegen auflehnen, zieht sie der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann entschlossen durch. Ihm kommt entgegen, dass die Lehrerschaft froh ist, sich vom alten, schlechten Schulsystem lösen zu können. Er selbst sagt dazu: «Das Tempo war letztlich bei uns ganz einfach am höchsten, weil wir mit Abstand die grössten und meisten Veränderungen umsetzen müssen. So fällt zum Beispiel mit der Orientierungsschule eine ganze Schulstufe weg.»

Der mangelnde Widerstand gegen das angeschlagene Tempo vonseiten der Lehrerschaft könnte jedoch zumindest teilweise auch daran liegen, dass dem Tiger die Zähne gezogen sind. Die Pädagogen werden von keinem wirklich unabhängigen Verband gestützt. Die Geschäftsleitung der Freiwilligen Schulsynode Basel-Stadt ist im vollen Umfang auch in der Kantonalen Schulkonferenz vertreten.

Fünf Burnouts im Schulhaus

Doch hinter den Kulissen rumort es dennoch. Das bürokratische Denken und die Reformwut seien in Basel-Stadt überbordend, schreibt eine Lehrerin der BaZ. So habe Basel-Stadt die Integration praktisch aller Kinder durchgesetzt und Klein-, Einführungs- und Fremdsprachenklassen aufgelöst. Ausserdem stelle man auf sechs Jahre Primar- und eine neue Sekundarstufe um, ausserdem müsse man neu Lern-, Arbeits- und Sozialverhalten schriftlich ab Kindergarten erfassen. Und last but not least habe Basel-Stadt die komplizierteste Notenschnittberechnung der Schweiz für den Übertritt an die Sekundarstufe. Nun wolle man diesen Sommer noch den Lehrplan 21 einführen. In Basel-Stadt rede man zwar nicht über die Probleme, allein in ihrem Schulhaus hätten jedoch fünf Lehrpersonen ein Burnout.

Mit Biss und Beharrlichkeit kämpfen jedoch in den anderen Nordwestschweizer Kantonen Lehrpersonen und immer mehr Eltern darum, dass die Reformen verlangsamt und an die Bedürfnisse von Schülern und Lehrpersonen angepasst werden. Die Baselbieter dürften in dieser Hinsicht nun mit Monica Gschwind eine



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

vielversprechende Mitkämpferin haben. So sieht es ganz danach aus, wie wenn Eymann immer mehr im Abseits steht. Er selbst sorgt sich jedoch nicht um die Einigkeit im Bildungsraum Nordwestschweiz und sagt: «Die Bevölkerung der Region will gleiche oder ähnliche Schulsysteme in unseren Kantonen.»

Der oberste Lehrervertreter Beat W. Zemp jedoch sagt: «Der Bildungsraum Nordwestschweiz existiert nur noch auf dem Papier.» Dies sehe man insbesondere bei der Einführung der Fremdsprachen, und daran, dass die Einführung des Lehrplans nicht koordiniert sei. Umso mehr begrüsst er, dass die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) im Sommer Bilanz ziehen will, wo die Kantone bezüglich gemeinsamer Lernziele und Strukturen stehen.

<http://bazonline.ch/basel/stadt/basel/stadt/Bildungsraum-Nordwestschweiz-ist-gespalten/story/20990132>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 18. Februar 2015, 17 753 Franken für einen Schüler

Der Abschluss der Jahresrechnung der Gemeinden steht bevor. Hohe Ausgaben fallen für den Bereich Bildung an. Pro Schüler zahlen die Gemeinden am See im Schnitt 15 300 Franken jährlich. Die Sparmöglichkeiten sind äusserst begrenzt.

REGION. Die Sportferien sind vorbei, das zweite Semester des Schuljahres hat begonnen. Und während die Kinder Mathe und Sprachen büffeln, sind die Gemeinden mit dem Abschluss ihrer Jahresrechnungen beschäftigt. Die Bildung schluckt einen erheblichen Teil der Ausgaben, ist vor der sozialen Wohlfahrt der grösste Kostenpunkt. Wie viel ein Schulkind seine Gemeinde im Jahr kostet, erhebt das kantonale Amt für Volksschule in einer jährlichen Statistik. Am aussagekräftigsten für einen Vergleich sind die Zahlen, die vorübergehende Zusatzkosten ausschliessen, die im Zuge von Um- und Neubauten von Schulgebäuden entstehen, wenn in den Nachfolgejahren Abschreibungen gemacht werden.

Kleine Klassen kosten mehr

Diese Statistik zeigt: Unter 12 500 Franken reine Beschulungskosten pro Kind und Jahr kam 2013 keine Gemeinde der Region weg. Am meisten berappte die Schulgemeinde Untereggen mit 17 753 Franken für jedes ihrer 91 Kinder im Volksschulalter. «Die Durchschnittskosten sind allerdings beschränkt aussagekräftig, und ein Vergleich ist schwierig. Wir haben uns im Schulrat aber vorgenommen, sie in diesem Jahr im Detail zu durchleuchten», betont Schulratspräsidentin Petra Gächter vorweg. Die hohen Kosten erklärt sie sich zu einem guten Teil mit den stark schwankenden Schülerzahlen der vergangenen Jahre. «Wir mussten teilweise sogar Klassen mit nur elf Schülern führen. Das erhöht natürlich die Kosten pro Kind. Dazu kommt, dass die Kosten für Sonderschulkinder bei uns derzeit hoch sind, weil wir mehrere haben. Pro Kind sind 36 000 Franken jährlich einzurechnen. Auch wenn einmal in einer Klasse eine Krisenintervention nötig ist, schenkt das bei unserem kleinen Budget sofort spürbar ein», erklärt Gächter. Auch die rund 20 000 Franken, die der Oberstufenbesuch für die Unteregger in Goldach oder St. Gallen kostet, heben die Kosten eher an. «Zurzeit sind starke Jahrgänge in der Oberstufe. Ihr Abgang wird das Budget entlasten», sagt Gächter.

Fördermassnahmen sind teuer

Die Einführung der Einheitsgemeinde, über die am 23. März die Bürgerversammlung entscheidet, wird die Kosten hingegen kaum beeinflussen. Das bestätigt Rolf Rimensberger, Leiter des Amtes für Volksschule. «Die Organisation als Einheitsgemeinde beeinflusst die Schulkosten nicht. Massgeblich sind einerseits die Lohnkosten der Lehrkräfte und andererseits die Menge der nötigen Fördermassnahmen.» Teuer zu stehen kommt die Schule also auch sozio-kulturell belastete Gemeinden. Dazu gehört die Stadt Rorschach, die Untereggen in der Statistik eng auf den Fersen ist. 17 306 Franken bezahlte die Stadt 2013 für jedes Schulkind. Goldach als grösste Schulgemeinde der Region steht mit 15 213 Franken pro Schüler einiges besser da. Ein markanter Unterschied zu Rorschach ist bei den Ausgaben für sonderpädagogische Massnahmen ersichtlich, die in Goldach «nur» 1,62 Millionen Franken betragen, während Rorschach 2,45 Millionen ausgab. Rorschachs Schulpräsident Guido Etterlin bestätigt, der hohe Bedarf an sonderpädagogischen Massnahmen sei der Hauptgrund für die hohen Schulkosten. «Das ist keine neue Erkenntnis, sondern seit Jahren die besondere Herausforderung für die Schule Rorschach.»



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Differenz ist kleiner geworden

Die sonderpädagogischen Massnahmen umfassen Kleinklassen, Einführungsklassen, Logopädie sowie Teamteaching und den Einsatz schulischer Heilpädagogen im Unterricht. «Die Durchschnittskosten sind für Schul- und Stadtrat eine wichtige Grösse, an der wir uns orientieren. Früher war die Differenz zu den anderen Gemeinden sogar noch grösser, weil Rorschach besonders im Bereich Teamteaching und schulische Heilpädagogik früh aktiv wurde», sagt Etterlin. Nun hätten andere Gemeinden nachgezogen. Der Schulpräsident betont, die Stadt sei nicht frei in der Verteilung der sonderpädagogischen Ressourcen, sondern müsse kantonale Vorgaben erfüllen. «Aufgrund des hohen Bedarfs taten wir dies nicht, so dass wir 2008 einen Massnahmenplan vorlegen mussten.» Seither seien etwa das Werkjahr für die neunten Klassen aufgehoben und die Zahl der Kleinklassenplätze reduziert worden. «Seit Sommer führen wir nur noch drei Kleinklassen.» Die Sparmöglichkeiten sind aber äusserst begrenzt, wie Rolf Rimensberger bestätigt. «Man kann die fördernden Massnahmen nicht einfach streichen.»

Investitionen zurückgestellt

In Rorschach haben sich laut Etterlin zudem die Schülerzahlen in jüngster Zeit so entwickelt, dass statt drei voller Klassen pro Jahrgang vier weniger gut besuchte nötig wurden. Das erhöht die Kosten. Das werden auch die aktuellen Investitionen in die Infrastruktur tun. Das Schulhaus Schönbrunn, der Erwerb des Surber-Hauses, in dem ein Doppelkindergarten entsteht, sowie der Kauf der Gerenstrasse 14 als Ersatzstandort für den Kindergarten Sonne schenken ein – wenn auch zeitlich begrenzt. «Die Schule hat aber ihren Investitionsbedarf zuvor während rund einem Jahrzehnt zurückgestellt», relativiert Etterlin.

Kleine Strukturen sind effizient

Am günstigsten kommt die Beschulung ihrer Kinder die Gemeinde Tübach zu stehen. 2013 kostete ein Schulkind 12 588 Franken. Gemeindepräsident Michael Götte führt dies auf die kleinen Strukturen im Dorf zurück. «So sind wir sehr effizient. Zudem haben wir derzeit Klassen guter Grösse. Der Bedarf an Fördermassnahmen wurde zwar auch bei uns grösser, doch nicht im gleichen Ausmass wie in Städten. Dass wir nahe bei den Leuten sind, ermöglicht uns früh zu reagieren.»

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/rorschach/tb-ot08/17-753-Franken-fuer-einen-Schueler.art2889,4132289>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

20 Minuten, 18.02.15; Tests sollen schlechte Lehrer entlarven

Um schlechten Lehrern auf die Spur zu kommen, sollen Schüler einen Leistungstest absolvieren. Nicht überall kommt dieser Vorschlag gut an.

Ist Herr Meier ein guter Mathe-Lehrer? Um dies herauszufinden, soll seine Klasse in Zukunft einen einheitlichen eidgenössischen Test absolvieren. Je nachdem, wie dieser ausfällt, bekommt Herr Meier ein gutes oder ein schlechte Zeugnis ausgestellt.

Diese Art von Leistungsmessung ist zwar nicht Realität. Aber wie eine Vimentis-Umfrage mit 21'000 Befragten zeigt, befürworten 56 Prozent einen solchen Test. 33 Prozent waren dagegen, 12 Prozent haben sich enthalten. Der Vorschlag wurde von der Mehrheit der Wähler aller Parteien von links bis rechts befürwortet. Am stärksten unterstützt wurde die Idee von der SVP: 61 Prozent der SVP-Wähler waren dafür.

Lehrer in Verantwortung ziehen

Auch Anian Liebrand, Präsident der Jungen SVP würde einen solchen Test begrüßen: «Um Missständen auf die Spur zu kommen, muss auch die Leistung von Lehrern besser gemessen werden.» Dies sei dringend notwendig, denn im Zug der «überbordenden Schulreformen» sei die Leistungsmessung in Schulen stark relativiert worden. Das zeige sich etwa in der Abschaffung der Noten in der Primarstufe. «Wie kann man da noch herausfinden, ob ein Lehrer seinen Schützlingen den Schulstoff gut genug vermittelt?», fragt sich Liebrand. Er fordert zudem: «Es wäre wichtig, dass wieder stärker auf das System mit einem einzigen Klassenlehrer gesetzt wird.» Nur so könne dieser auch zur Verantwortung gezogen werden.

Liebrand ist auch überzeugt davon, dass die Forderung nach einheitlichen Leistungstests mit dem schwindenden Vertrauen der Bevölkerung in die Lehrkräfte zu tun habe: «Heute gibt man die Schuld meistens dem Lehrer, wenn es in der Schule nicht klappt.» Dies sei keine erfreuliche Entwicklung, da sie die Stellung der Lehrkraft schwäche. Einige Lehrer seien aber am Vertrauensschwund selber schuld: «Vielen Lehrern steht es gut an, ihre Schüler nicht mehr politisch zu beeinflussen. Das wird nicht goutiert.»

Ressourcen statt Tests

Beat W. Zemp, Präsident des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz, hält nichts von einem solchen Leistungstest: «Um zu verhindern, dass schlechte Lehrer unterrichten, muss man diese nicht etwa testen, sondern dafür sorgen, dass sie eine gute Ausbildung absolvieren können.»

Auch müsse man einem Lehrer genügend Ressourcen wie beispielsweise Schulmaterialien und genügend Betreuungszeit zur Verfügung stellen. Und Schüler sollten ihren Lehrkräften laufend Feedbacks geben können. Zemp gibt weiter zu bedenken: «Die Qualität des Lehrers ist nur ein Faktor unter vielen, der die Leistung der Schüler beeinflusst.»

«Eltern haben höhere Erwartungen»

SVP-Nationalrätin Verena Herzog ist ebenfalls nicht überzeugt vom Vorschlag, die Lehrer mittels



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

eines Tests auf ihre Qualität zu prüfen: «Ein solcher Test wäre mit viel zu grossem bürokratischem Aufwand verbunden.» Viel besser seien regelmässige Schulbesuche durch Fachpersonen und Eltern. So könne die Führungsqualität, die Motivation und die Freude an der Arbeit mit Kindern beurteilt werden, alles Voraussetzungen für einen erfolgreichen Unterricht.

Herzog sieht die Ursache für das schwindende Vertrauen in die Lehrpersonen darin, dass viele Eltern den Wunsch hätten, dass ihr Kind die Matura erlange: «Wenn ein Kind dann die erwünschten Leistung nicht erbringt, geben die Eltern dem Lehrer die Schuld dafür.» Dies hänge auch damit zusammen, dass Eltern die Erziehungsverantwortung immer mehr an die Schule delegierten, dabei sei die Aufgabe der Lehrpersonen prioritär die Stoffvermittlung.

Mit Lehrern zufrieden

«Ich bin zwar nicht grundsätzlich dagegen, Lehrer auf ihre Qualität zu überprüfen. Doch mit einem solchen Test würde man nur die Fähigkeit eines Lehrers, den Stoff zu vermitteln prüfen, statt all seine Qualitäten», verwirft auch die Co-Präsidentin des Vereins Schule und Elternhaus Kanton Bern, Andrea Aeschlimann, den Vorschlag.

Das Verschwinden des Vertrauens in die Lehrkräfte findet sie nicht tragisch: «Ich glaube die Lehrer sind objektiv gesehen sogar besser als früher.» Durch die neuen Medien hätten aber die Eltern gelernt, alles kritisch zu betrachten. «Trotzdem muss ich sagen, dass die allermeisten Eltern mit den Lehrkräften sehr zufrieden sind.»

<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/11072616>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 19. Februar 2015, «Wer möchte so noch Lehrer werden?»



Die Wartegghalle wird ab den Frühlingsferien saniert. (Bild: cot)

GOLDACH. «Nicht ganz zufrieden» zeigte sich Schulpräsident Andreas Gehrig mit dem Budget 2014, denn das Vorjahresbudget stieg um 483 250 Franken. «Diese Unzufriedenheit hat sich aber in Luft aufgelöst.» Denn die Rechnung 2014 ergibt einen Minderaufwand von 427 326 Franken. Trotzdem steigt das Budget 2015 wiederum – jedoch lediglich um 8150 Franken – gegenüber dem des Vorjahres. Die Steigerung erklärt Gehrig mit Rückstellungen von 200 000 Franken, welche in diesem Jahr anfallen.

Nur knapp genügend zufrieden

Auf die Lage der Schule Goldach geht Andreas Gehrig nicht weiter ein. Aber eine nationale Studie bereitet dem Schulpräsidenten Kopfzerbrechen. Der Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) hat die Zufriedenheit von 15 000 Mitgliedern gemessen. Die Studie ergab, dass die Lehrpersonen die Zufriedenheit nur mit einer 4,3 benoteten. Viele gaben jedoch an, dass sie mit dem Schaffen im Klassenzimmer zufrieden seien. «Und das macht laut Lehrauftrag 90 Prozent ihrer Arbeit aus», sagt Gehrig. Die restlichen zehn Prozent hätten in der Diskussion einen zu hohen Stellenwert. «Wir müssen mehr über das Positive des Berufs sprechen», ergänzt Gehrig und wirft die Frage auf: «Wer möchte so noch Lehrer werden?» Die Schule wirkt der Unzufriedenheit entgegen: Die Goldacher Lehrpersonen konnten an einem Kurs teilnehmen, der eine persönliche Standortbestimmung, die eigenen Berufsperspektiven und die Arbeitszufriedenheit thematisiert. «Zwölf Personen nahmen teil.» Der Kurs soll sich im Zweijahresrhythmus wiederholen.

Lagerreglement akzeptiert

Zufrieden äussert sich der Schulpräsident auch über das neue Lagerreglement, das im vergangenen Jahr angepasst wurde. Die freiwilligen Lager wurden abgeschafft, dafür das Lagerwesen im Klassenkontext gefördert. «Das Geld, das wir vorher für einige Kinder aufgewendet haben, kommt mit dem neuen Reglement allen zugute.» Eine Umstellung wird es für die Schüler im Turnunterricht geben, denn die Wartegghalle wird saniert. «Wir können während der Bauphase auf die Kellen oder in die Badi ausweichen», sagt Gehrig. Der Schulbetrieb läuft also auch 2015 wie gewohnt weiter.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/rorschach/tb-ot08/Wer-moechte-so-noch-Lehrer-werden;art2889,4133458>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Kantonsrat «Testsysteme in der Volksschule zur Eichung der eigenen Beurteilung Einfache Anfrage Hilb-Wil

Die Notengebung variiert von Gemeinde zu Gemeinde und von Lehrperson zu Lehrperson. Es ist wichtig für Lehrpersonen, dass sie ihre Notengebung an Lern- und Testsystemen eichen können. Auch mit Blick auf die Chancengleichheit muss gewährleistet werden, dass aus vergleichbaren Leistungen auch vergleichbare Noten resultieren.

1. Wird es die bewährten und in weiten Kreisen der Lehrerschaft anerkannten Testsysteme wie zum Beispiel das Klassenscockpit auf der Primarschulstufe auch in Zukunft geben?
2. Falls nicht oder in einer anderer Form: Werden die Tests in Zukunft auch benotet?
3. Falls es bei den neuen Testsystemen keine Noten mehr gibt: Wie kommen die Lehrpersonen in Zukunft zu einer objektiven Notengebung?»

<https://www.ratsinfo.sg.ch/home/geschaeftssuche.geschaeftdetail.html?geschaeftid=BFFF3FC6-6447-41C1-88BC-A8F82C6F2A46&ziel=1>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt 20.02.2015; Berufsvorbereitungsjahr muss bleiben

PODIUM

Berufsvorbereitungsjahr muss bleiben

Im Volksmund ist es immer noch als 10. Schuljahr bekannt. Seit einigen Jahren heisst es Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und will jetzt vom Bildungsdepartement (BLD) so umgestaltet werden, dass es einer Abschaffung gleichkommt. Blicken wir zurück: Früher gab es verschiedene Angebote des 10. Schuljahres, und je nach Wohngemeinde musste man dafür zwischen null und 10000 Franken Schulgeld bezahlen. Seit der Kantonalisierung der Brückenangebote 2007 gibt es diese sehr stossenden Unterschiede nicht mehr, und das 10. Schuljahr wird unter dem Namen Berufsvorbereitungsjahr an vier Berufsschulen (St. Gallen, Wattwil, Rapperswil-Jona, Buchs) geführt. Das Schulgeld beträgt zurzeit 3450 Franken jährlich.

Ein harter Schlag

Es war immer klar und selbstverständlich, dass das 10. Schuljahr ein Vollzeitschuljahr sein muss, um den berufswahlunreifen Jugendlichen eine Chance zu geben, ihre Defizite durch Vertiefung der Allgemeinbildung, Stopfen von Lücken in Mathe und Deutsch sowie gezielte Berufswahlvorbereitung

wettzumachen. Die langjährige Erfahrung zeigt, dass das bestens funktioniert und der überwiegende Teil der Jugendlichen erfolgreich eine Berufslehre absolviert. Nun sind in den letzten Jahren die Teilnehmerzahlen zurückgegangen. Das hat damit zu tun, dass die Lehrstellsituation entspannter ist als auch schon. Die wirklich berufswahlunreifen Jugendlichen sind aber nach wie vor auf das BVJ angewiesen. Nun hat das BLD das BVJ eigenmächtig in eine «Vorlehre plus» umgebaut: 2 Tage Unterricht, 3 Tage Praktikum. Das ist etwas völlig anderes als das BVJ mit 5 Tagen Schule und fast das gleiche wie das bereits seit langem bestehende Brückenangebot der Vorlehre mit einem Tag Schule und 4 Tagen Praktikum.

Das Aufheben des BVJ als Vollzeit-Schuljahr ist für die Jugendlichen, die auf dieses Angebot angewiesen sind, ein harter Schlag. Das eigenmächtige Vorgehen des BLD ohne plausible Begründung ist schwer verständlich. Es gibt keinen Sparauftrag und keinen Abbauauftrag. Im Gegenteil alle Brückenangebote für unsere Jugendlichen bewähren sich und sollen

darum weitergeführt werden. Allein die rückgängige Teilnehmerzahl kann kein Grund sein, das Angebot zu streichen. Die kleinere Teilnehmerzahl könnte dazu führen, dass das BVJ nicht mehr an vier, sondern nur noch an zwei Berufsschulen angeboten wird, namentlich St. Gallen und Buchs. Nachvollziehbar wäre auch, wenn die Anzahl Schnupperpraktika im BVJ erhöht würde. Aber die Streichung des BVJ ist inakzeptabel.

Vor vollendete Tatsachen gestellt

In der leider nur internen Minivernehmlassung haben sich die Berufsberater und verschiedene Verantwortliche und Unterrichtende an den Berufsschulen klar gegen diesen Abbau beim BVJ ausgesprochen. Diese Stimmen wurden vom BLD einfach übergangen. Die Oberstufenlehrpersonen wurden in der Vernehmlassung nicht begrüsst, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt. Sie lehnen die Streichung des BVJ entschieden ab. Alarmiert durch diese Machenschaften wollten wir in der Novembersession den Entscheid mit einer dringlichen Interpellation um zwei Jahre aufschieben. Das lehnte das

BLD ab, worauf drei Fraktionen (CVP-EVP, GLP/BDP und SP-Grüne) eine Motion einreichten. Diese verlangt, dass das BVJ als Vollzeitangebot an mindestens zwei Standorten im Kanton geführt wird. Dass die Regierung nun für die Februarsession Nichteintreten auf diese Motion beantragt, überrascht doch sehr. Immerhin bilden die drei motionierenden Fraktionen im Rat eine Mehrheit, und in der Regierung bilden die Räte von CVP und SP ebenso eine Mehrheit.

Im Interesse der betroffenen Jugendlichen hoffe ich, dass das BVJ in der bisherigen Form erhalten bleibt. Es ist ein breitabgestütztes Erfolgsmodell und als solches im Fächer der Angebote nach der obligatorischen Schulpflicht weiterhin nötig.



Bild: Ralph Ribi

Ruedi Blumer
Kantonsrat (SP/SG)



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Beobachter 20.02.15 Andreas Büchi, Chefredaktor Beobachter „**Dieser Lehrplan kann depressiv machen**“

Wenn man den Lehrplan 21 an seinem obersten Ziel misst, könnte man nach acht Jahren Arbeit, millionenteuren Investitionen und Hunderten Seiten mehrfach überarbeiteter Konzepte glatt depressiv werden.

Oberstes Ziel war es nämlich, ein «Instrument für die Harmonisierung der Volksschule und keine Schulreform» auszuarbeiten. Von dieser erklärten Absicht, die dem klaren Volkswillen entsprach, ist der Lehrplan 21 weit abgekommen.

Denn was als dringende Massnahme gegen den Kantönligeist angekündigt wurde, entpuppt sich in der vorliegenden Fassung als Reglementiermonster, das die Volksschule grundlegend umkrepelt, die Lehrkräfte verunsichert, Politiker in Wallung bringt und auf Jahre hinaus nur ein einziges Resultat mit ziemlicher Sicherheit erreichen wird: endlose Streitereien über Sinn und Unsinn der Reform. Die erwünschte Harmonisierung der Lehrpläne wird so auf Jahre hinaus blockiert, und Wohnortwechsel für Familien mit schulpflichtigen Kindern bleiben hürdenreich.

«Eine überambitionierte Bürokratenmaus hat einen Dokumentenberg geboren», bilanziert die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz. Was bleibt, sind knapp 500 Seiten Papier und ein komplett neuer Lehrplan, der fordert, mehr «Kompetenzen» statt Faktenwissen zu vermitteln. Dabei ist unklar, ob diese «Kompetenzorientierung» der Schulen am Ende überhaupt klügere Schüler erzeugt. Entsprechend stark ist der Widerstand gegen das kafkaeske Werk, wie Susanne Loacker in unserer Titelgeschichte «Das regulierte Schulkind» (ab Seite 26) darlegt. Kernpunkt der Kritik: Der neue Lehrplan definiert kaum, welche konkreten Bildungsinhalte in der Schule vermittelt werden sollen. Stattdessen setzt er auf exakt 363 «Kompetenzen», die als Ziele formuliert werden.

Einschmuggeln gesellschaftspolitischer Ziele

Konkret heisst es etwa: Schülerinnen und Schüler «können eigene Gefühle wahrnehmen und angemessen ausdrücken». Sie können «einschätzen, wie schwer oder leicht ihnen die Aufgaben/Problemlösungen fallen werden». Und sie können «respektvoll mit Menschen umgehen, die unterschiedliche Lernvoraussetzungen mitbringen, bzw. die sich in Geschlecht, Hautfarbe, Sprache, Kultur und Lebensweise unterscheiden».

Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber der Wiener Philosophieprofessor Konrad Paul Liessmann wies in der NZZ zu Recht darauf hin, dass mit den Kompetenzen «gesellschaftspolitische Zielsetzungen eingeschmuggelt werden», die leicht «in blanke Ideologie umschlagen» können.

Fazit: Der Lehrplan 21 wurde unnötigerweise überladen mit einer kaum fassbaren neuen Grundausrüstung der Lehraufträge. Das wichtigste Ziel – die Harmonisierung der Bildungsinhalte – wird dadurch torpediert. Weniger theoretischer Reformgeist und mehr Pragmatismus wäre definitiv mehr gewesen.

Andreas Büchi, Chefredaktor Beobachter



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Beobachter 20.02.2014 Das regulierte Schulkind

Anfangen hatte es so harmonisch. Alle hatten die Nase voll vom Kantönligeist an den Schweizer Schulen: Zürich mit sechs Jahren Volksschule, der Aargau mit fünf. Hier Frühenglisch ab der zweiten Klasse, dort stattdessen Französisch. Hier dieses Lehrmittel, dort ein völlig anderes. Hier direkter Anschluss von Primarschule zu Gymi, dort eine Zusatzrunde und dann ein Kurzzeitgymi. Die Folge: Kinder, die den Kanton wechselten, mussten oft einen enormen Aufwand betreiben, um den schulischen Anschluss einigermassen zu finden.

So konnte es nicht weitergehen. Deshalb wurde das Harnos-Konkordat 2006 mit einem Rekordanteil von 86 Prozent Ja-Stimmen an der Urne angenommen und drei Jahre später umgesetzt. In der Abstimmungsvorlage stand auch, dass die Ziele der einzelnen Bildungsstufen definiert werden sollten (siehe unten). Eine wirklich gute Idee. Doch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) nahm den Auftrag wohl allzu wörtlich. Harnos sollte die Schule einfacher machen, doch herausgekommen ist ein bürokratisches Monster: Rund 200 Fachleute legten nach acht Jahren Arbeit hinter verschlossenen Türen den «Lehrplan 21» vor, ein Konvolut, das in der ersten Version 557 Seiten, in der abgespeckten Ausgabe immer noch 470 Seiten dick war. Schon das muss zu denken geben. Das Zauberwort der neuen Bildungsbibel heisst Kompetenzen: Man misst nicht mehr, was die Schüler wissen, sondern was sie können sollen. Und das akribisch: Der neue Lehrplan umfasst 363 Kompetenzen, unterteilt in 2304 Kompetenzstufen; in der ersten Version waren es sogar 819 mehr.

Allein schon deshalb kann es nicht verwundern, dass sich Widerstand gegen den Reformplan formiert. In einigen Kantonen kommt die Frage, ob er überhaupt umgesetzt werden soll, in den nächsten Monaten vor das Volk. Schüler sind selbst für Erfolg zuständig. Die Schüler sollen gemäss Lehrplan 21 nicht mehr sinnlos Wissen bunkern, sondern lernen, mit dem überall verfügbaren Wissen umzugehen. Sie sollen die Fähigkeiten und Fertigkeiten erlernen, bestimmte Probleme in verschiedenen Situationen zu lösen. Die Orientierung auf Kompetenzen hin soll zielführendes Lernen fördern und die Schüler von unnötigem Wissensballast befreien.

Das klingt super. Niemand – schon gar kein Lehrer – kann dagegen im Ernst etwas einwenden. Doch der Lehrplan 21 definiert nur in wenigen Bereichen, welche Inhalte die Lehrer den Schülern vermitteln sollen. An erster Stelle steht das Erarbeiten von messbaren Kompetenzen, die meist an beliebig austauschbaren Inhalten erworben werden können. Dabei ist der Schüler, ganz im Sinne des neoliberal geprägten Bilds der Ichfabrik, für seinen Erfolg zuständig. Er muss sich sein Wissen möglichst selbstständig beschaffen. Der Lehrer wird so zum Coach: Er lehrt nicht, sondern unterstützt die Schüler bei ihren Bestrebungen. Wer je ein Schulzimmer von innen gesehen hat, weiss, dass das unrealistisch ist. Und vor allem gefährlich. Eine Schulklasse ist ein gruppenspezifisches, von hierarchischen Strukturen geprägtes Gefüge, in dem, wenn der Lehrer schlau ist, auch einmal der Schwächere vom Stärkeren lernt – weil der Lehrer das so aufgleist. Dass man die Schüler in Zukunft isoliert und sie quasi individuell von einem Lerncoach betreuen lässt, hat Folgen: «Darunter leiden vor allem die schwachen Schüler. Die Starken starten durch, die Schwachen werden noch schwächer. Da geht eine Schere auf», sagt Ralph Fehlmann, Dozent für Fachdidaktik an der Universität Zürich. Das kann nicht im Sinne der Erfinder des Lehrplans 21 sein. Auf der Strecke bleibt die Chancengleichheit. Denn gutbetuchte Eltern organisieren ohnehin private Nachhilfe für ihre Kinder. Und die erhalten dort die Unterstützung, die ihnen in der neuen Schule erst recht fehlen wird: Mit Hilfe eines Lehrers lernen sie hier gezielt, was die Schule von ihnen verlangt. Wetttrüsten zur Gymiprüfung



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Wie viele Schüler Nachhilfeunterricht erhalten, weiss man nicht genau. Viele Eltern – und Kinder – halten diese Zusatzstunden geheim. Man spricht aber von einem Anteil von 50 Prozent an Sekundarschulen. Wenn es auf die Gymiprüfung zugeht, sind es deutlich mehr. Von dem Wetttrüsten profitieren selbstverständlich diejenigen Kinder am meisten, die sich fast unbegrenzt Nachhilfeunterricht leisten können. Es dauerte trotzdem eine ganze Weile, bis sich Widerstand gegen die Lehrplanreform formierte. Zuerst kam er von den Lehrern und aus den Reihen der SVP, die sich gegen die «ab gehobene Bildungsbürokratie» wehrte, inzwischen aber aus praktisch allen politischen Lagern. Auch die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz findet, dass es langsam genug sei. Am Lehrplan 21 kritisiert sie: «Eine überambitionierte Bürokratenmaus hat einen Dokumentenberg geboren, der das Matterhorn vor Neid erblassen lässt.»

Bei der Harnos-Abstimmung 2006 sei es darum gegangen, einen Rahmen für die gegenseitige Annäherung der kantonalen Schulen zu schaffen. Themen waren Dinge wie Eintritts alter, Dauer der Primarschule, Übergang an höhere Schulen und Abschlüsse. Ziel war, dass zum Beispiel der Umzug in einen anderen Kanton für Schüler und Eltern nicht mehr zum Desaster würde. Zwar habe man damals auch beschlossen, die Ziele der jeweiligen Bildungsstufen festzulegen: «Aber das, was jetzt mit dem Lehrplan 21 passiert ist, schießt meilenweit über dieses Ziel hinaus», sagt Fetz. «Die Sache ist explodiert, sie hat eine sehr ungute Eigendynamik entwickelt.» Auch Experte Ralph Fehlmann befürchtet schwerwiegende Fehlentwicklungen – zum Nachteil aller Schüler. Nach der ersten Lektüre des neuen Lehrplans habe er die ganze Nacht kein Auge zugetan, sagt der Gymnasiallehrer und Dozent für Fachdidaktik. Das Werk habe ihn einfach nur beelendet. «Wenn man Schule in unzählige Einzelkompetenzen zerlegt, zerfällt die Gestalt des Unterrichts irgendwann zu Staub.» Stossrichtung «entschieden falsch» Gegen Kompetenzen an sich hat der erfahrene Gymilehrer nichts einzuwenden: «Die Schule hat immer schon Kompetenzen vermittelt. Dass sie sinnvoll sind, wird kein Lehrer bestreiten. Allerdings auch nicht, dass Kompetenzen von Wissen nicht zu trennen sind, weil sie darauf beruhen.» Dass es nicht mehr um die Förderung des Schülers gehe, sondern nur noch um seine «objektive» Vermessbarkeit, findet Fehlmann «entschieden falsch». Zudem sei es so eine Sache mit den Kompetenzen. Sie seien immer wertneutral und losgelöst von Moral. Zum Beispiel die oft zitierte Kompetenz der Sorgfalt: «Die brauchte Immanuel Kant, um die <Kritik der reinen Vernunft> zu schreiben. Sorgfalt braucht aber auch ein Terrorist, um eine Bombe zu bauen.» Eine Schule, die nichts als Kompetenzen misst, züchtet zwar keine Bombenbauer, aber kleine Manager, die sehr viel können, aber keine Ahnung mehr haben, wozu ihr Wissen gut ist. «Wichtiger als humanistische Abstützung von Bildung scheint das Konzept von lückenloser Kontrolle zu sein», bemängelt Fehlmann am Lehrplan 21. «Das ist gerade bei Lernprozessen, die immer viel enthalten und oft etwas zufällig sind, der falsche Weg.» Hanspeter Amstutz kritisiert das ebenfalls: «Der Lehrplan 21 orientiert sich an einem sehr technokratischen Menschenbild», sagt der Lehrer und ehemalige Zürcher EVP-Kantonsrat. «Man geht davon aus, dass alle Schüler in den Grundlagen gleich sind, dass man alles planen und die Kompetenzen der Kinder präzise bewerten kann. Es ist offensichtlich, dass der Lehrplan mehr an die Lehrmittelproduzenten als an die Lehrkräfte gerichtet ist.» Der Einfluss der Lehrer sei gering gewesen: «Es war für die Vertretung der Lehrerschaft fast aussichtslos, dem von Erziehungswissenschaftlern und der EDK favorisierten Kompetenzenmodell eigene Vorstellungen von einem schlichten Rahmenlehrplan gegenüberzustellen.» Hanspeter Amstutz erinnert an «frühere Schreibtisch-Erfindungen der Pädagogik industrie», die in der Praxis mühsam korrigiert werden mussten: «Der Immersionsunterricht etwa. Da hätte man Primarschülern das Leben der Amphibien



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

auf Englisch vermitteln sollen. Er löste Kopfschütteln aus. Kein erfahrener Lehrer hätte gesagt, es sei nützlich, die Namen der Tiere auf Englisch zu lehren, bevor die Schüler sie auf Deutsch kennen.»

Der Pisa-Effekt: Trend zur Vermessung

Noch ärger für Amstutz: Im Lehrplan 21 kämen als Folge der Überfülle das Trainieren und das Üben zentraler Lernvorgänge zu kurz. «Viele Schüler dürften so völlig verunsichert werden. Das führt zu leistungsmässig extrem uneinheitlichen Klassen.» Der Lehrplan 21 soll die Kinder näher zur Wirtschaft rücken. Das ist weder ein Geheimnis noch verwerflich. Das Ziel ist, dass Schülerinnen und Schüler in der Arbeitswelt erfolgreicher sind. Es fragt sich allerdings, ob der Lehrplan 21 dieses Ziel besser erreicht als die heutige Schule. Begonnen hat die weltweite Vermessung der Lehranstalten vor 15 Jahren mit der Pisa-Studie, die alle drei Jahre durchgeführt wird. «Seit der ersten Pisa-Studie findet man bei uns eine Mentalität, dass die Schule den Anforderungen der Wirtschaft nicht mehr genüge», sagt Walter Herzog, Professor für Erziehungswissenschaft an der Uni Bern. Das erkläre möglicherweise, weshalb die Erziehungsdirektionen nicht einfach die besten Lehrpläne anschauten und anglichen, sondern zum Riesenwerk ausholten. Eine Reform wider besseres Wissen. Dabei ist inzwischen klar, was Schulunterricht erfolgreich macht: Der neuseeländische Bildungsforscher John Hattie veröffentlichte 2008 sein Buch «Visible Learning». Es ist zum Standardwerk moderner Pädagogik geworden. Hattie hat alle englischsprachigen Studien zum Thema Lernerfolg gesichtet. Über 800 Metaanalysen hat er ausgewertet; das bezieht mehr als 250 Millionen Schülerinnen und Schüler ein. 15 Jahre Arbeit stecken in «Visible Learning». Herausgekommen ist: Offene Unterrichtsformen bringen den Schülern wenig, die Klassengrösse ist praktisch irrelevant. Was zählt, ist – die Lehrperson. Ein guter Lehrer ist nach Hattie einer, der mit Leidenschaft bei der Sache ist. Das bestätigt, was erfahrene Lehrer immer schon gesagt haben: Schüler wünschen sich einen ehrlichen, einen passionierten, einen authentischen Lehrer. Der Lehrplan 21 trägt mit seinem programmierten Kompetenzaufbau dieser wesentlichen Erkenntnis moderner Pädagogik kaum Rechnung. «Der Lehrplan 21 nützt all denen, die die Schule stärker kontrollieren und vermessen möchten, denjenigen, die Tests entwickeln und durchführen wollen, weil sie damit Geld verdienen», sagt

Erziehungswissenschaftler Walter Herzog. «Messbarkeit per se bringt nichts. Die Sau wird ja auch nicht fetter, bloss weil man sie wiegt.» Man müsse ernsthaft befürchten, dass sich die Lehrer künftig vor allem an den Prüfungen orientierten. «Das nennt man <teaching to the test>, Lehren für die Prüfung – und genau das bringt kein sehr nachhaltiges Lernen.» Lehrerverband steht hinter Lehrplan 21. Der Dachverband der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) sieht das nicht so: «Der Lehrplan 21 nützt denen, die wissen wollen, was in der Volksschule läuft, denen, die Lehrmittel herstellen, denen, die Tests anbieten, und denen, die sich beim Unterrichten und Lernen orientieren wollen», sagt Jürg Brühlmann, Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle beim LCH. Er weist auf einen bisher kaum diskutierten Punkt der Reform hin: Mit dem Loslösen von Fähigkeiten aus ihrem gesellschaftlichen und kulturellen Kontext werden diese nicht nur einfacher messbar, sondern auch globaler. «Es kann gut sein, dass der Lehrplan 21 damit der Privatisierung der Schweizer Schulen Vorschub leistet, weil er es internationalen Anbietern ermöglicht, diese Dienstleistung zu übernehmen.» Will heissen: Ein Lehrer in Hamburg, angestellt bei einer internationalen Firma, kann in Zukunft via Skype problemlos Schweizer Schulkinder coachen, jedes nach seinen Fähigkeiten, in individuellem Tempo, aber ohne jeglichen Bezug zum Lebensraum der Schüler.

Das wäre vielleicht sogar praktisch. Die Schweiz könnte problemlos eine



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

ganze Stange Geld sparen, indem billige ausländische Lehrer den Job eines Teils ihrer Schweizer Kollegen übernehmen. Und die Schüler würden damit besser auf den internationalen Arbeitsmarkt vorbereitet, der sie anstandslos von Uri nach Alaska und von dort nach Panama versetzt. Bloss: Diese Kinder haben nie einen klügeren Mitschüler um Hilfe gebeten oder dem Lehrer gesagt, er müsse das Franz noch einmal erklären, weil der Kollege nicht draus gekommen sei und sich nicht getraut habe nachzufragen. Sie haben nie Schulstoff durchgenommen, der zwar nicht objektiv nützlich, aber vielleicht extrem spannend war. Sie haben vielleicht einen perfekt bestückten Werkzeugkasten an Kompetenzen und wissen, wie sie ein Dutzend Hämmer benutzen können. Aber ihnen fehlt ein von ganzheitlicher Bildung geprägtes Wertesystem, das über die blosser Anwendung von Werkzeugen hinausgeht. «Der Lehrplan 21 ist nicht etwa nach dem Jahrhundert benannt, in dem er die Schule bestimmen soll, sondern nur nach der Anzahl der Deutschschweizer Kantone, die dabei mitgemacht haben», sagt SP Ständerätin Anita Fetz. «Er muss aber wohl bald in Lehrplan 5 umgetauft werden. Denn es werden sicher nicht alle Kantone diese Forderungen umsetzen. Und wenn ein Kanton einer Umsetzung zustimmt, heisst das noch lange nicht, dass sich die Lehrer an diesem neuen Regelwerk orientieren werden.» Der politische Widerstand wächst In zwölf der 21 Kantone kann die Regierung den Lehrplan einführen, in acht Kantonen ist ein Bildungsrat zuständig, in Freiburg die Bildungsdirektion. Im Aargau, in Baselland, St. Gallen und Schwyz wollen die Gegner des neuen Lehrplans einen Volksentscheid erzwingen. In Zürich, Graubünden und im Thurgau sind bereits Volksinitiativen in Vorbereitung. Auf die Frage, was denn am Schluss von der Vision und vom Projekt Lehrplan 21 übrig bleiben werde, meint Anita Fetz lapidar: «Ein rein nutzenorientiertes Bildungsverständnis – und ein ordinäres Sparprogramm.» Wenn es weiträumig umgesetzt werde, schaffe es langfristig eher die öffentlichen Schulzimmer ab, statt die kantonalen Unterschiede zu überwinden.

Ausgewählte Kompetenzen laut Lehrplan 21

Die Schülerinnen und Schüler können sich darauf einlassen, immer wieder neue Bilderbücher, Hörbücher, Hörspiele, Filme anzuschauen, zu lesen, zu hören und darüber zu sprechen.

Die Schülerinnen und Schüler können über literarische Texte und über die Art, wie sie die Texte lesen, ein literarisches Gespräch führen. Sie reflektieren dabei, wie sie die Texte verstehen und wie die Texte auf sie wirken.

Die Schülerinnen und Schüler können mit Hilfe von Rückfragen beschreiben, welche Vorgehensweisen oder Sprechstrategien sie angewendet haben, um ihre Meinung zu vertreten.

Die Schülerinnen und Schüler können ihr Sprech-, Präsentations- und Gesprächsverhalten reflektieren.

Zitate:

Anita Fetz, Basler SP-Ständerätin:

«Eine überambitionierte Bürokratenmaus hat einen Dokumentenberg geboren.»

Ralph Fehlmann, Fachdidaktiker an der Universität Zürich

«Nach der Lektüre des neuen Lehrplans habe ich die ganze Nacht kein Auge zugetan.»

Hanspeter Amstutz, Lehrer, früherer Zürcher EVP-Kantonsrat

«Der Lehrplan 21 orientiert sich an einem sehr technokratischen Menschenbild.»



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Walter Herzog, Professor für Erziehungswissenschaft

«Der Lehrplan 21 nützt all denen, die Tests entwickeln und durchführen wollen, weil sie damit Geld verdienen.»

Jürg Brühlmann, Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle LCH

«Es kann gut sein, dass der Lehrplan 21 der Privatisierung der Schweizer Schulen Vorschub leistet.»

Zahlen und Fakten:

200 Fachleute haben 8Jahre lang 363 Kompetenzen definiert und in 2304 Einzelteile zerlegt.

Im Mai 2006 nahm das Schweizer Stimmvolk die Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule, kurz Harmos, mit 86 Prozent Ja-Stimmen an. Die Vereinbarung war von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren formuliert worden und soll Qualität und Durchlässigkeit des Schweizer Schulsystems sichern und Mobilitätshindernisse abbauen. Sie hat konkret folgende Inhalte:

nDie obligatorische Schulzeit wird auf elf Jahre verlängert. Anstelle des Kindergartens ist eine Vorschule oder Eingangsstufe vorgesehen. nEs werden schweizweit übergeordnete Ziele für die obligatorische Schule eingeführt. nEs sollen Instrumente der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung auf nationaler Ebene benannt werden, um die Anforderungen anzugleichen. nEs sollen Instrumente für verbindliche Bildungsstandards bestimmt werden. nDie Schule soll an nationale und internationale Portfolios angepasst werden. Seit der Abstimmung hat die Erziehungsdirektion an einem gemeinsamen Lehrplan für die deutsch- und mehrsprachigen Kantone gearbeitet, der die Volksschule und die Lernziele vereinheitlichen soll. Der neue Lehrplan 21 gilt als grösstes Bildungsprojekt seit je in der Schweiz: Fast acht Jahre lang waren rund 200 Fachleute damit beschäftigt. Ende 2014 gaben die Deutschschweizer Erziehungsdirektorinnen und -direktoren die überarbeitete und gekürzte Version des Lehrplans 21 frei. Nun entscheidet jeder Kanton über die Einführung im Kanton. Die Einführung war in den meisten Kantonen für das Schuljahr 2017/18 vorgesehen. Bereits gibt es aber Widerstand und Verschiebungspläne. Ob der Lehrplan von den Lehrern je genutzt wird, ist offen.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

20 Minuten, 20.02.15 Zweite Landessprache wird in Primarschule Pflicht

Der Bund kann den Kantonen unter Umständen vorschreiben, die Kinder bereits in der Primarschule in einer zweiten Landessprache zu unterrichten.

Im Streit um den Fremdsprachenunterricht kann der Bund den Kantonen nötigenfalls vorschreiben, die Kinder bereits in der Primarschule in einer zweiten Landessprache zu unterrichten. Nicht festlegen darf er dagegen, welches die erste Fremdsprache ist.

Dies hält das Bundesamt für Kultur (BAK) in einem Bericht fest, welchen die Bildungskommission des Ständerates (WBK) verlangt hatte. Der am Freitag publizierte Bericht wird als Grundlage zur Behandlung diverser parlamentarischer Vorstösse dienen.

Als mögliche gesetzliche Regelung schlägt das BAK eine Ergänzung eines Artikels im Sprachengesetz vor. Dort steht heute: «Sie (Bund und Kantone) setzen sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit für einen Fremdsprachenunterricht ein, der gewährleistet, dass die Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit über Kompetenzen in mindestens einer zweiten Landessprache und einer weiteren Fremdsprache verfügen.»

Alternative zu parlamentarischen Vorschlägen

Ergänzt würde der Artikel mit dem Satz: «In der zweiten Landessprache beginnt der Unterricht auf der Primarschulstufe.» Diese Lösung lehne sich an die HarmoS-Lösung an, ohne die Einstiegsfremdsprache, die Reihenfolge und ein bestimmtes Schuljahr für den Beginn des jeweiligen Fremdsprachenunterrichts festzulegen, schreibt das BAK. Die Handlungsfreiheit der Kantone bliebe damit gewahrt. Auch blieben Sonderlösungen für die Kantone Tessin und Graubünden möglich.

Der Bund schlägt diese Lösung als Alternative zu zwei parlamentarischen Initiativen der nationalrätlichen Bildungskommission vor. Die eine will festlegen, dass der Unterricht in einer zweiten Landessprache spätestens zwei Jahre vor Ende der Primarschule beginnt. Gemäss der anderen soll der Bund den Kantonen vorschreiben, dass als erste Fremdsprache eine zweite Landessprache zu unterrichten ist.

Diese Vorschläge sind aus Sicht des BAK problematisch, da der Bund damit in die Kompetenzen der Kantone eingreifen und seine eigenen überschreiten würde. Auch der Alternativvorschlag des BAK kommt indes nur in Frage, wenn die Kantone ihren Auftrag nicht erfüllen.

Zur Harmonisierung verpflichtet

Seit der Revision der Bildungsbestimmungen in der Bundesverfassung im Jahr 2006 sind die Kantone verpflichtet, den Unterricht zu harmonisieren. Diesem Auftrag wollen sie mit dem HarmoS-Konkordat nachkommen, das regelt, wie die Harmonisierung erfolgen soll.

Das Konkordat ist derzeit für 15 Beitrittskantone verbindlich. Diese müssen die Bestimmungen bis im Sommer umsetzen. Die verfassungsmässige Pflicht zur landesweiten Harmonisierung gilt jedoch für alle Kantone.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Bilanz im Sommer

Erfüllen die Kantone den verfassungsmässigen Harmonisierungsauftrag nicht, so ist der Bund nicht bloss ermächtigt, sondern verpflichtet, die notwendigen Bestimmungen zu erlassen, wie der Bericht festhält. Ob die Voraussetzungen für eine Intervention des Bundes gegeben sind, entscheidet das Parlament. Solange eine Koordination der Kantone erreichbar bleibt, darf der Bund indes nicht eingreifen.

Ob die Koordination möglich bleibe, werde im Sommer beurteilt werden können, schreibt das BAK. Dann läuft die im Konkordat definierte Frist für die Umsetzung des Verfassungsauftrags ab. Sollten in einem Kanton bereits vorher Entscheide fallen, die der Harmonisierungspflicht widersprechen, behalte sich der Bundesrat vor, mit den gesetzgeberischen Vorarbeiten zu beginnen.

Frühfranzösisch streichen

In verschiedenen Deutschschweizer Kantonen laufen Bestrebungen, dass auf der Primarstufe nur noch eine Fremdsprache unterrichtet wird. So hat im Kanton Thurgau das Parlament die Regierung beauftragt, den obligatorischen Französischunterricht aus dem Lehrplan der Primarstufe zu streichen.

Im Kanton St. Gallen soll die Regierung prüfen, ob Französisch auf die Oberstufe verlagert werden soll. Der Kanton Schaffhausen will sich für eine Anpassung von HarmoS mit nur noch einer obligatorischen Fremdsprache auf der Primarstufe starkmachen. Und in den Kantonen Nidwalden, Luzern und Graubünden wurden Volksinitiativen eingereicht, die verlangen, dass auf Primarstufe nur eine Fremdsprache unterrichtet wird. (sda)

<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/25679131>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 St. Gallen
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Leserbrief 19.02.2015 Wiler Nachrichten



Die Leser haben das Wort

Kompetenzen statt Wissen nach Lehrplan 21

«Papa ich habe eine Englischaufgabe. Ich muss 6 Fragen zu einem Englischtext mit je einem Kreuz beantworten, zur Auswahl steht: Ja, nein und ich weiss es nicht.» Völlig überrascht beobachte ich, wie mein Sohn den Text auf Englisch nicht einmal liest. Er versucht direkt die 6 Fragen zu beantworten, deshalb frage ich ihn: «Musst du den Text nicht zuerst lesen bevor du die Fragen beantwortest?» Mein Sohn: «Nein, ich habe es in der Schule so gelernt. Ich muss nur schauen, ob die Frage im Text vorkommt. Wenn ja muss ich ein Kreuz bei ja machen, kommt die Frage im Text nicht vor muss ich mit ich weiss es nicht antworten. Wenn die Frage im Text verneint vorkommt, muss ich mit nein antworten.» So hat mein Sohn seine Englischaufgabe im Nu erledigt ohne den Englischtext wirklich gelesen, verstanden oder übersetzt zu haben. Alle Lösungen standen bereits im Aufgabentext, er brauchte dafür nur die Lesekompetenz anzuwenden, das Fachwissen Englisch war dabei nicht erforderlich. Beim Frühenglisch spiele die Grammatik und das Wörterlernen sowieso eine untergeordnete Rolle. Es sei völlig ausreichend, wenn der Schüler in den Ferien einen Hamburger in Englischer Sprache bestellen kann (Handlungskompetenz). Ob der Schüler dabei grammatikalische Fehler mache sei egal, das Kind habe erreicht, was es wollte und der Englischunterricht damit auch, so im St. Galler Tagblatt vom 27.9.2013 «Wörtli fürs Real Life». Damit unsere Kinder ein solches Englisch Niveau erreichen geben wir Millionen von Steuergeldern aus und wenn man bedenkt wie viel Unterrichtszeit dafür investiert wird, welche für Grundlagefächer wie Deutsch und Mathematik fehlt, ist dieses Resultat mehr als peinlich! Die Meinung den Kindern die Freude am Lernen mit Grammatik und Wörterlernen zu verderben ist falsch. Im Gegenteil die Kinder durchschauen den Humbug, sie fühlen sich nicht mehr ernst genommen und nehmen dadurch die Schule auch nicht mehr ernst. Die Kinder wollen gefordert und ernst genommen werden. Der kompetenzorientierte Unterricht nach Lehrplan 21 ist ein Schritt in die falsche Richtung.

Gabriella Hunziker Mühlrüti